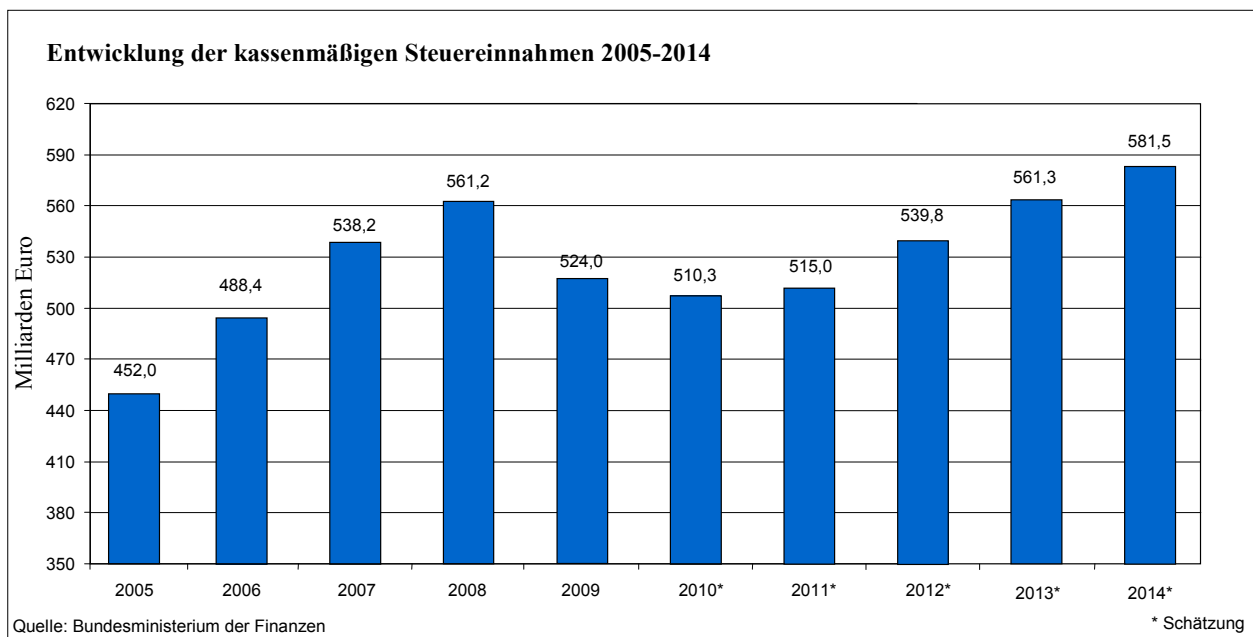


# Argumente für Steuersenkungen vor dem Hintergrund der aktuellen Steuerschätzung

Die aktuelle Steuerschätzung entspricht unseren Erwartungen. Sie zeigt, dass wir sowohl unsere solide Finanzpolitik als auch unsere Wachstumspolitik konsequent fortsetzen müssen. Die Spielräume für Entlastung und Entschuldung sind da. Das Steueraufkommen sinkt nicht - es steigt nur weniger stark als bisher erwartet. Diese Entwicklung belegt einmal mehr: Der Staat hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Steuersenkungen bleiben notwendig. Sie setzen Wachstumsimpulse und beleben die Binnennachfrage.

**1. Trotz schwieriger Wirtschaftslage sinkt das Steueraufkommen nicht - es steigt nur weniger an als bisher erwartet.** In der öffentlichen Debatte entsteht der Eindruck, der Staat habe ein Einnahmenproblem. Das ist falsch. 2005 hatte der Staat rund 452 Mrd. Euro Steuereinnahmen; 2009 waren es bereits 524 Mrd. Euro und für 2013 wird mit einem Einnahmerekord von 561,3 Mrd. Euro gerechnet. Das entspricht einer Steigerung der Staatseinnahmen von knapp 24,2 Prozent.

Bisher wurde für das Jahr 2010 ein Steueraufkommen von rund 512 Mrd. Euro (Bund, Länder, Gemeinden und Europa) prognostiziert. Die aktuelle Steuerschätzung weicht davon mit knapp 2 Mrd. Euro nur um etwa 5 Promille von den bisherigen Erwartungen ab.



**2. Faire Steuern sind das beste Wachstumsprogramm.** Einfache, niedrige und gerechte Steuern schaffen mehr finanziellen Spielraum: Für Familien, für mehr Konsum und auch eine wirksame Altersvorsorge. Die Bürgerinnen und Bürger können sich mehr leisten und Unternehmen können mehr investieren. Das stimuliert die Binnennachfrage und schafft Wachstum und Arbeitsplätze.

### **3. Mehr Arbeitsplätze bedeuten mehr Wertschöpfung, mehr Steuern, mehr Einzahler in die Sozialkassen und weniger Belastung der Arbeitslosenversicherung:**

- Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelt sich deutlich besser als noch zu Beginn des Jahres. Die Entlastungen für Familien und Mittelstand zum Jahresbeginn haben Wirtschaft und Arbeitsmarkt belebt. Schon 100.000 Arbeitslose weniger bedeuten etwa 2 Mrd. Euro mehr im Haushalt und in den Sozialkassen. Die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung rechnet mit gut 300.000 weniger Arbeitslosen als im Januar. Das bringt 6 Mrd. Euro.
- Der Bund wird im Umfang von knapp 2 Mrd. Euro entlastet, da er weniger Arbeitslosengeld II und Sozialgeld auszahlen muss und mehr Steuern einnimmt.
- Für Länder und Kommunen ergeben sich Ersparnisse von über 1 Mrd. Euro, da auch sie mehr Steuern einnehmen und weniger Ausgaben für Arbeitslose schultern müssen.
- Auch die Sozialversicherungen profitieren von der günstigeren Arbeitsmarktentwicklung. Sie können mit rund 1,5 Mrd. Euro weniger Mindereinnahmen rechnen. Das macht gleichzeitig weniger Bundeszuschüsse an die Renten- und Krankenversicherung nötig.
- 300.000 weniger Arbeitslose bedeuten für die Bundesagentur für Arbeit (BA) weniger Ausgaben und geringere Mindereinnahmen im Umfang von etwa 1,5 Mrd. Euro.

**4. Der heute geltende Steuertarif ist besonders für die kleineren und mittleren Einkommen ungerecht.** Gerade hier, in der leistungsbereiten Mitte mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen zwischen 8.000 und 53.000 Euro, steigt die Steuerbelastung mit jedem zusätzlich verdienten Euro am stärksten. Diesen sogenannten Mittelstandsbauch kann man nicht bekämpfen, ohne steuerlich zu entlasten.

**5. Steuerentlastungen und Finanzhilfen schließen sich nicht aus.** Das hat schon Schwarz-Rot bewiesen. Trotz der Abwrackprämie (5 Mrd. Euro) und des Pakets zur Bankenrettung (51,14 Mrd. Euro) hatte die „Große Koalition“ Entlastungen von etwa 13 Mrd. Euro ab 1. Januar 2010 beschlossen. Dadurch können Arbeitnehmer Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung steuerlich stärker absetzen.

**6. Auch Probleme bei den Kommunalfinzen können nicht durch einen Reformstillstand im Bereich des Einkommenssteuerrechtes gelöst werden.** In der Finanz- und Wirtschaftskrise sind den Kommunen bundesweit zwischen 2008 und 2010 ca. 14% der Gewerbesteuerereinnahmen weggebrochen. In den Jahren davor sind sie aufgrund der konjunkturell günstigen Lage bis 2008 auf rund 41 Mrd. € gestiegen. In dieser Zeit haben viele Kommunen ihre Hausaufgaben nicht gemacht: Statt die höheren Steuereinnahmen konsequent zur Schuldentilgung oder zur Vorsorge für schlechtere Zeiten zu nutzen, wurden die Mittel größtenteils ausgegeben.

**7. Selbst Gegner einer Steuerreform haben eingestanden, dass diese sich mittelfristig bis zu 50 Prozent refinanziert** – weil sie zu Wachstum führt. Ein Prozent mehr Wachstum führt nach Zahlen des SPD-geführten Bundesfinanzministeriums aus dem letzten Jahr (unter Peer Steinbrück) zu etwa 5,5 Milliarden Euro mehr Steuern, zu 3,5 Milliarden Euro höheren Sozialbeiträgen sowie zu weniger Sozialausgaben – zusammen 12 bis 13 Milliarden Euro.

8. **Verantwortungsvolle Politik muss auf den sinnvollen Einsatz von Steuermitteln achten.** Die steuerliche Entlastung führt zu einem positiven Spardruck auf den Staat und zwingt diesen verstärkt, seine Ausgaben zu hinterfragen. Durch Subventions- und Bürokratieabbau sowie die Zusammenlegung von Behörden können Effizienzreserven gehoben und gleichzeitig Qualitäten verbessert werden. Gerade im Subventionsbericht für die Jahre 2007-2010, der eine Steigerung der Subventionen um 6 Mrd. auf rund 30 Mrd. beschreibt, wird diese Notwendigkeit deutlich.
9. **Bei den Notkrediten für Griechenland geht es nicht um Geldgeschenke, sondern um Bankbürgschaften.** Der deutsche Staat gibt der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eine Garantie für diesen Kredit. Er stellt damit keine unmittelbare Belastung des Haushaltes dar. Die FDP unterstützt die Milliardenhilfen für Griechenland als Ultima Ratio und befürwortet ein hartes und nachhaltiges Sanierungskonzept für Griechenland.
10. **Das Entlastungsvolumen der FDP in Höhe von 16 Mrd. Euro wurde durch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) bestätigt.** Die Einbußen für den Bundeshaushalt betragen damit keinesfalls 40 Mrd. Euro, wie vom Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) ursprünglich veranschlagt. Offenbar lag dem Institut nicht die Endfassung des FDP-Steuerkonzepts vor.

**Arbeit muss sich lohnen.**

